

Antrag der Kreistagsgruppe CDU/ FDP/ Die Unabhängigen geht durch- Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber im Landkreis sollen etabliert werden

CDU/ FDP/ Die Unabhängigen begrüßt mehrheitliche Entscheidung für die Einführung von Arbeitsgelegenheiten

Northeim. In der vergangenen Kreistagssitzung sind einige kontrovers diskutierte Punkte auf der Tagesordnung zu beraten gewesen. So auch der Antrag der CDU/ FDP/ Die Unabhängigen Kreistagsgruppe zu der Etablierung von Arbeitsgelegenheiten gem. § 16 d SGB II i.V.m. § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Nach einer bereits im Ausschuss erfolgten kontroversen Debatte wurden nun auch im Kreistag die jeweiligen Ansichten der Fraktionen zu diesem Antrag dargestellt und abschließend mehrheitlich für die Beschlussvorlage zu dem Antrag abgestimmt.

Ziel des Antrages der Kreistagsgruppe ist es, den Prozess der Arbeitsaufnahme von Asylbewerberinnen und –Bewerbern zu beschleunigen und ihnen die Möglichkeit zu bieten ihre Lebenserfahrung und Kompetenz auch in unserem Wirtschaftssystem einzubringen, da im Rahmen der Aufnahme von Arbeitsverhältnissen auch eine integrative Einbindung in die Gesellschaft erfolgt. Die Gruppensprecherin Beatrix Tappe-Rostalski führte hierzu in ihrer Rede im Kreistag aus: „Durch gezielte Arbeitsgelegenheiten erhalten Asylsuchende die Möglichkeit, sinnvolle Tätigkeiten auszuführen, die ihnen eine Tagesstruktur geben und soziale Isolation verhindern“.

Arbeitsgelegenheiten würden weit mehr bieten, als nur Beschäftigung, sondern würden auch die gesellschaftliche Teilhabe sowie den interkulturellen Austausch stärken. Durch die Arbeit in lokalen Gemeinschaften könnten Geflüchtete soziale und kulturelle Normen kennenlernen.

Strukturell sieht der Antrag von CDU/ FDP/ Die Unabhängigen vor, Arbeitsgelegenheiten innerhalb der Einrichtungen zu vorläufigen Unterbringung bereitzustellen. Im Weiteren verlauf solle dann auch eine Ausweitung der Arbeitsgelegenheiten außerhalb der Kreisverwaltung erfolgen. Hierfür sei aber aus Sicht der Kreistagsgruppe eine enge Einbindung der Städte und Gemeinden in die weitere Planung erforderlich, um ein funktionierendes Gesamtkonzept zu erarbeiten. So könne man sich beispielsweise auch die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten durch kommunale oder gemeinnützige Träger vorstellen. „Diese Form der Beschäftigung kann erste Brücken in den Arbeitsmarkt bauen, indem sie praktische Fähigkeiten vermittelt und vor allem sprachliche Kompetenz stärkt. Wir wissen alle, Sprache ist der Schlüssel zur Integration“, so die beiden Gruppensprecher Beatrix Tappe-Rostalski und Christian Grascha abschließend.